

Volks-Zeitung

Mit Berliner Familien-Zeitung
Moden-Zeitung
Sport-Zeitung
Film-Zeitung
Haus-Garten-Ztg.
Techn.-Zeitung
Witzblatt 'ULK'

Ercheinungsweg: wöchentlich, Sonntags, Feiertagen, Montags. Abonnementpreis einjährig 24 Mark...

Rheinberger Str. 19, Fennertstr. 1, Müllerstr. 139, Radetzki, Köpenicker Str. 26, Rosenthaler Str. 45...

Deutschlands zweite „Verfehlung“

Die Reparationskommission als Poincarés Instrument - Deutschland soll gehört werden

Paris, 5. Januar. (E. C.)

Die Reparationskommission tagte heute vormittag in amtlicher Sitzung von 9 1/2 bis 11 1/2 Uhr. Auch der englische Delegierte Kennell war zugegen. Barthou richtet an die Kommission die Aufforderung, bei den Kohlen- und Absatzlieferungen Deutschlands im Jahre 1922 auf „absichtliche Verfehlung“ Deutschlands zu erkennen.

den Zeichen könnte außerdem eine im Verhältnis zu ihrer Arbeiterzahl stehende Steuer erhoben werden.

Der Auswärtige Ausschuss

Einberufung zum Dienstag - Eine große Rede des Kanzlers Bergmann bleibt in Paris

Wie die „D. Z. N.“ meldet, ist der Auswärtige Ausschuss durch den Vorsitzenden Dr. Stresemann zum Dienstag zu einer Sitzung einberufen worden, in der der Reichskanzler Dr. Guno eine große Rede halten wird, die wahrscheinlich dieses Mal veröffentlicht werden wird.

Heute französischer Ministerrat

Paris, 5. Januar. (W. I. B.)

Ministerpräsident Poincaré hatte heute vormittag eine Unterredung mit dem Präsidenten Millerand über die durch das Festschlagen der Konferenz geschaffene Lage.

Frankreich und Belgien

Die Sonderausprache

Paris, 5. Januar.

Wie Havas mitteilt, wird Poincaré sich heute mit den belgischen Ministern besprechen, deren Aufenthalt bis Sonnabend vormittag ausgedehnt werden soll, sowie wahrscheinlich auch mit den italienischen Vertretern.

Die Neutralität des Suezkanals

Protest der ägyptischen Botschaft

Kausanne, 5. Januar. (W. I. B.)

Die ägyptische Botschaft protestierte heute in einer Note an das Präsidium der Konferenz gegen die Verletzung der Neutralität des Kanals von Suez infolge der Anwesenheit englischer Truppen in Ägypten.

Einigung der Internationalen 2 und 2 1/2

Hölin, 5. Januar.

In Köln trat heute vormittag das Organisationskomitee der Zweiten sozialistischen Internationalen zu einer Beratung zusammen. Die Verhandlungen werden voraussichtlich zwei Tage in Anspruch nehmen.

Großzügige russisch-deutsche Kabelpläne

Moskau, 4. Januar. (Mupo.)

Das Volkskommisariat für Post und Telegraph hat nach längerer Beratung den Beschluß gefaßt, eine direkte Kabelverbindung zwischen Moskau und Deutschland herzustellen.

Alles in einer Hand. Die durch das Ausschicken des Generals v. Feldmann freigeordnete Stelle eines Chefs der Heeresverwaltung ist nunmehr durch einen Erlass des Reichsverministers mit der Stellung des Chefs der Heeresleitung vereinigt worden.

Schnelldienst

Die Reparationskommission hat in der Kohlenfrage eine neue „Verfehlung“ Deutschlands festgestellt.

Die Justizminister der süddeutschen Länder halten gestern in München eine Besprechung im Justizministerium.

Der Organisationsausschuß der zweiten internationalen Internationales ist gestern in Köln zusammengetreten.

Die Vereinigten Staaten haben nicht die Absicht, einen internationalen Kongress zur Erörterung der Reparationsfrage einzuberufen.

Das Moskauer Zentralorgan der deutschen Section der K. K. P. „Die rote Sonne“ hat ihr Erscheinen eingestellt, weil die Sowjetregierung die ihr beschleunigten Kredite ablehnen will.

Poincaré hatte gestern morgen eine kurze Besprechung mit dem Vorsitzenden der Reparationskommission, Barthou.

Reichsjustizminister Dr. Geime ist gestern abend von München wieder abgereist.

Die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen der Hochscholamat und Ungarn sind unterbrochen worden.

Der Moskauer Gouvernements-Gewerkschaftsverband organisiert jenseit eine proletarische Arbeitergenossenschaft „Proletino“.

Der „Klar“, mit dem Ersulhan ein Beob. der sich nach Mexiko begibt, ist heute von Mexiko abgegangen.

In Lützen brach eine Typhusepidemie aus, weil ein Bagelträger einen Bannmei verunreinigt hatte.

Dollar: New-Yorker Parität 8403

Politisches aus Württemberg

E. Stuttgart, Anfang Januar.

Der vor einigen Tagen in der „Völkischen Zeitung“ erschienene Artikel über württembergische Politik, in dem der Stuttgarter Korrespondent des Alldeutschen Blattes die an sich unrichtige Behauptung aufstellte, daß das württembergische Zentrum unerträglich für die demokratische Fortentwicklung des Landes sei, hat in politischen Kreisen Stuttgart's unheimliches Aufsehen erregt.

Die Beurteilung des württembergischen Zentrums erfordert nicht nur sehr genaue Kenntnis der Verhältnisse, sondern auch eine gewisse psychologische Einstellung. Die Reaktion von Demokraten und Zentrum, es darf nicht vergessen werden, ist in erster Linie auf sozialer und politischer Basis vorhanden, nicht aber auf kultureller. Es handelt sich auch heute — wo die Republik in Gefahr ist, von ihren Todesfeinden rechts und links erdrückt zu werden — nicht um das Aussichten kultureller Fragen und Probleme, sondern um den praktischen Schicksal der Verfassung. Und auf diesem Gebiete ist das württembergische Zentrum zu größten Teilen verlässlich.

Allerdings bestehen katholische Kreise in Württemberg, die in den Bahnen der Bayerischen Volkspartei wandeln und eine ähnliche Politik der Verfassungsfeindschaft ihrer Partei aufdrängen wollen. Man muß hier eines immer wieder sich vor Augen halten: das Zentrum (aus dem ja auch die Bayerische Volkspartei hervorgegangen ist) ist eine katholische Partei und wird gewisse Grenzen, die eben im Katholizismus und seiner Rücksicht auf Rom liegen, nie überschreiten können. Wo die Revolution in Deutschland protestantische Fürsten vertrieben hat, wie z. B. in Preußen, hegt das Zentrum eben aus seiner katholischen Einstellung heraus gar keinen Wunsch nach der Wiederkehr dieser Protestanten. Da aber, wo katholische Fürsten in den Novembertagen 1918 stürzten, liegt in der Restauration der Dynastie ein direktes katholisches Interesse. Darum trennte sich in Bayern die Bayerische Volkspartei vom Reichszentrum, um ihren katholischen Tendenzen auch innerpolitisch nachleben zu können.

In Württemberg liegen nun ganz besondere Fälle vor. König Wilhelm von Württemberg war Protestant. Das württembergische Zentrum hatte keinerlei Grund, seine Wiederkehr zu betreiben. Als er aber starb, kam die thronjüngliche Linie des Herrscherhauses zur Anwartschaft auf die Thronfolge. Und nun entstand eine vorläufig nur innere Spaltung des württembergischen Zentrums. Die einen, mehr Katholiken als deutsche Republikaner, neigten von da ab zu royalistischer Politik, die anderen, heute noch die Mehrzahl, stellen ihre katholische Sehnsucht in richtiger politischer Einsicht zurück gegenüber ihrer deutschrepublikanischen Vernunft. Sie sagen sich — und wenn sie in die haarsträubenden Verhältnisse Bayerns sehen, werden sie jeden Tag mehr bekräftigt — daß der Sturz der demokratischen Republik Deutschlands nur zwei Folgen haben kann: den Bolschewismus oder die nationalitätlich-militaristische Ludendorff-Diktatur. In beiden Fällen werden die Katholiken Deutschlands sich lange nicht so gut stehen und ungehindert sich

Keine Weltreparationskonferenz

Ein amerikanisches Dementi

London, 5. Januar. (W. I. B.)

Reuter meldet aus Washington, das Staatsdepartement demontierte die Meldung, wonach die Vereinigten Staaten auf Ersuchen Großbritanniens einen internationalen Kongress zur Erörterung der Reparationsfrage einberufen werden. Offiziell wurde erklärt, die Vereinigten Staaten hätten bereits alles getan, was ihnen möglich sei, um auf die Lösung des Problems hinzuwirken.

Zurückziehung der amerikanischen Besatzung

Eine starke Bewegung im Senat

Washington, 5. Januar. (Unit. Tel.)

Die starke Strömung, die sich im Kongress gegen die Beibehaltung der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein geltend macht, hat infolge des Fiascos der Pariser Konferenz noch eine Verstärkung erfahren. Im Senat beschäftigt eine einflussreiche Gruppe im Anschluß an die bevorstehende Diskussion über die amerikanische Intervention eine Resolution einzubringen, die die sofortige Zurückziehung der amerikanischen Truppenkontingents fordert. Die Forderung ist zwar in erster Linie als ein gegen Frankreich gerichteter Protest gedacht, soll aber offiziell aus innerpolitischen Beweggründen heraus gestellt werden.

Hungerdrohung an die deutschen Bergarbeiter

Ein angeblicher französischer Plan

Paris, 5. Januar. (Eca.)

Die „Eberts“ macht Mitteilungen über den angeblichen französischen Plan einer Besetzung und Ausbeutung des Ruhrgebietes. Danach soll lediglich eine Überwachung der Kohlenproduktion im Ruhrgebiet eingerichtet werden. Für den Fall, daß die Grubenarbeiter die Arbeit verweigern, ist vorgesehen, daß die Lebensmittelversorgung der Arbeiterschaft eingestellt werden. Sie werden nur entsprechend ihren Arbeitsleistungen mit Lebensmittel versorgt werden. Außer der Abgabe von 26 Prozent auf die deutsche Kohlen soße die interalliierte Kommission im Rheinland beauftragt werden, die Kohlensteuer, die im Ruhrgebiet erhoben werde, einzuziehen. Von







